

Initiative wirbt für „Ja“ zum Radentscheid

In einer digitalen Veranstaltung hat die Initiative „Kaarster for Future“ Bürger über den Radentscheid am 6. März informiert. Dabei kritisierten die Initiatoren Politik und Verwaltung für ihr Verhalten in den vergangenen Monaten.

VON STEPHAN SEEGER

KAARST Die Bürgerinitiative „Kaarster for Future“ hat am Montag in einer digitalen Informationsveranstaltung erklärt, wieso die Bürger beim Radentscheid am 6. März unbedingt mit „Ja“ stimmen sollten. Mit dabei waren auch einige Lokalpolitiker von CDU und Grünen sowie Vertreter der Verwaltung. Die Bürgerinitiative klärte über die Ziele des Radentscheids auf und kritisierte gleichzeitig Politik und Verwaltung für ihr Verhalten in den vergangenen Wochen gegenüber der Initiative.

Rund eine halbe Stunde lang sprach Werner Kinds Müller, Sprecher der Bürgerinitiative, über die Ziele. Die Initiative hat fünf Forderungen formuliert, die in den kommenden sechs Jahren umgesetzt werden sollen. Erstens: Ausbau der Radwege. Dazu hat die Initiative einen Katalog von 40 Einzelmaßnahmen

„Ich empfinde das Mobilitätskonzept der Stadt als Täuschungsmanöver“

Werner Kinds Müller
Sprecher „Kaarster for Future“

men ausgearbeitet. Als Grundlage diente dabei ein Gutachten zum Radverkehr aus dem Jahr 2010. „Das hat uns sehr geholfen bei der Aufstellung unserer Forderungen“, so Kinds Müller. Auch habe die Initiative mit der Verwaltung, Bürgern und dem Fahrradbeauftragten gesprochen, daraus seien die Forderungen entstanden. Zweitens: Kreuzungen sicher umbauen. Drittens: Radwege instand setzen und reinigen. Viertens: Fahrradstellplätze ausbauen. Fünftens: die Einstellung eines hauptamtlichen Fahrradbeauftragten.

Als im vergangenen Herbst das Teilkonzept Radverkehr aus dem von der Stadt in Auftrag gegebenen gesamtheitlichen Mobilitätskonzept vorlag, sei die Initiative bestrebt gewesen, mit den Mehrheitsparteien CDU und Grünen Gespräche zu führen, weil es eine große Schnittmenge zwischen den beiden Konzepten gibt. Doch die Bürgerinitiative stellte Forderungen. Sie wollte, dass ein



Werner Kinds Müller hat am Montag bei der digitalen Veranstaltung erklärt, warum die Bürger am 6. März beim Radentscheid mit „Ja“ stimmen sollten. FOTO: SCREENSHOT



An der Girmes-Kreuz-Straße soll unter anderem ein beidseitiger Schutzstreifen zwischen Königsberger- und Erfstraße angelegt werden. ARCHIV: SEEGER

gemeinsames Konzept verbindlich sein muss (beispielsweise durch einen Ratsbeschluss), dass es einen konkreten Zeitplan für die Umsetzung gibt und dass ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Bedingungen haben CDU und Grüne nicht akzeptieren wollen, in der Ratssitzung am 16. Dezember wurde das Bürgergehehen abgelehnt. Ulrich Hort, Mitglied

im Lenkungsreis der Bürgerinitiative, erklärte: „Ein Ja zum Radentscheid bedeutet, dass wir uns über den Stadtrat verbindlich erklären können.“ Es soll ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer gefunden werden. Eindeutig sei aber, dass den Autofahrern Platz weggenommen wird, wenn der Radentscheid positiv ausgeht. „Es wäre der erste Schritt in die richtige Richtung“, so Hort. Die

INFO

Radentscheid benötigt rund 7000 Ja-Stimmen

Benötigte Stimmen Bei Gemeinden mit bis zu 50.000 Einwohnern muss der Radentscheid von der Mehrheit der gültigen Stimmen mit „Ja“ beantwortet werden, sofern diese mindestens 20 Prozent beträgt. Rund 7000 Ja-Stimmen werden demnach benötigt.

Demo Fahrraddemo am Samstag, 26. Februar, ab 11 Uhr auf dem Parkplatz „Am Maubishof“.

gemeisterin mehrere Briefe nicht beantwortet habe. „Es wird der Eindruck erweckt, dass der Entwurf des Mobilitätskonzeptes etwas Fertiges ist. Ich empfinde es als eine Art Täuschungsmanöver.“

Nach den Erklärungen der Bürgerinitiative waren die Zuhörer an der Reihe. Guido Otterbein, stellvertretender Parteivorsitzender der CDU, bestätigte die Gespräche im Herbst mit der Initiative, machte aber gleichzeitig deutlich: „Wenn dem Radentscheid zugestimmt wird, hat man einen Pflöck eingeschlagen und dann muss es so umgesetzt werden. Dann ist eine weitere Diskussion hinfällig.“ Für Petra Graue-Hannan (KFF) ist das der Sinn eines Bürgergehrens: „Es gehört dazu, dass man die Stellen benennt, um eine Kostenschätzung abzugeben.“ Rainer Milde (CDU) kritisierte, dass im Radentscheid Versprechungen gemacht würden, die teilweise nicht eingehalten werden könnten: „Das ist nicht seriös. Wenn die Entscheidung so ausgeht, wie ich es mir erhoffe, können wir weiter konstruktive Gespräche führen.“

Kosten würden sich bei einem „Ja“ auf 2,7 Millionen Euro für die kommenden sechs Jahre belaufen. „Für den Autoverkehr sind in diesem Jahr 8,7 Millionen Euro vorgesehen“, erklärte Kinds Müller, ohne die genauen Haushaltspositionen auf Anhieb nennen zu können. Kinds Müller beklagte sich, dass er und seine Mitstreiter öffentlich als „Dilettanten“ abgestempelt würden und die Bür-

Gestohlene Waren im Internet verkauft

KAARST (NGZ) Die Polizei hat vier Tatverdächtige ermittelt, die im Oktober 2021 und in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag (16./17. Februar) in das Lager eines Bekleidungshändlers eingebrochen sind. Die Einbrecher hatten bei ihrer letzten Tat ein Fenster aufgehebelt und 57 Collegejacken eines Modelabels im Wert von rund 18.500 Euro gestohlen. Bei dem vorangegangenen Einbruch erbeuteten die Diebe Bekleidung im Wert von etwa 11.000 Euro. Auf die Spur der mutmaßlichen Einbrecher kamen die Ermittler, als die Tatverdächtigen die gestohlene Ware im Internet zum Verkauf anboten. Was die „Verkäufer“ vermutlich nicht wussten: die Collegejacken gehörten zu einer in Deutschland bislang noch gar nicht veröffentlichten Kollektion. Bei der Durchsuchung am Montag in Kaarst wurden große Mengen der gestohlenen Waren, darunter auch Bekleidung aus dem Einbruch im Oktober, aufgefunden und sichergestellt. Die Tatverdächtigen, zwei Frauen und zwei Männer im Alter von 24 bis 58 Jahren, wurden vorläufig festgenommen. Nachdem unter anderem Fotos gemacht und Fingerabdrücke genommen wurden, konnten alle vier mutmaßlichen Täter wieder gehen. Die Tatverdächtigen bestreiten die Einbrüche. Sie wollen die Sachen gefunden haben.

Anzeige

kaarst*
Bitte beachten Sie die Bekanntmachung der Stadt Kaarst im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe.

Monatstreffen der Liberalen Senioren

KAARST (NGZ) Die Liberalen Senioren laden am Dienstag, 1. März, zum Monatstreffen in die VHS ein. Ab 15.30 Uhr stellt Peter Bayer, Inhaber eines Bestattungshauses aus Büttgen, das Thema „Bestattungsvorsorge“ vor. Er wird darauf eingehen, für wen eine Vereinbarung darüber, wie die letzte Reise gestaltet werden soll, hilfreich und von Vorteil sein kann. Anmeldung unter beate.kopp@t-online.de oder 6022203.

Tanzen an Karneval nicht erlaubt, Schunkeln schon

Das Kaarster Ordnungsamt kündigt Kontrollen an.

KAARST (seeg) Selbst die Regelungen an Karneval sind jeck: In den Gaststätten darf nicht getanzt werden, Schunkeln ist allerdings erlaubt. Nachdem die Verwaltung die Werbung von Gastronomen für ihre Karnevalsparty in den sozialen Medien gesehen hat, seien sie angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten worden, da „zumindest Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Veranstaltung aufkamen“, wie die Verwaltung mitteilt. In diesem Anhörungsverfahren sollten die Gastronomen den Charakter der Veranstaltung erläutern. Und das haben

Michael Schreinermacher und Steven Sürder auch getan.

Während Sürder sein Opening-Weekend im neuen Brauhaus „Radlstadt“ im Sportforum Büttgen durchzieht, ist Schreinermacher noch unsicher, ob er Karneval im „Alten Rathaus“ feiern soll. „Wir dürfen unsere Veranstaltungen unter Auflagen durchführen“, erklärt Sürder im Gespräch mit unserer Redaktion. Sie dürfen nur nicht den Charakter einer Party haben. Das dürfte schwierig werden, gerade an Karneval. Aber Sürder ist sich sicher, dass sein Team das hinkriegt. „Wir haben 100 Plätze im Laden auf 250 Quadratmeter und müssen darauf achten, dass sich die Gäste nicht tummeln“, sagt er. Für jeden Tag (im „Radlstadt“ wird von Donnerstag bis Montag täglich gefeiert) gibt es extra Einlassbändchen, Sürder rechnet fest mit Kontrollen durch das Ordnungsamt. „Wir wollen zum Start keine Fehler machen und kooperieren mit den Behörden“, erklärt er. „Durch Kontrollen wird die Stadt sicherstellen, dass keine Tanzveranstaltungen durchgeführt werden“, heißt es aus dem Rathaus.



Steven Sürder (r.) und sein Partner Kai Strathmann (l.). FOTO: STANIEK

SPD will geförderten Wohnraum ausbauen

Die Sozialdemokraten wollen mit politischem Druck und Anträgen an die Ausschüsse für sozial geförderten Wohnraum kämpfen. Auch die Kita-Gebühren sind den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge.

KAARST (seeg) Bei den Kommunalwahlen 2020 war die Kaarster SPD der große Verlierer. Die Sozialdemokraten erzielten mit knapp elf Prozent ein „desaströses Ergebnis“, wie die Parteivorsitzende Anneli Palmen am Montag gegenüber unserer Redaktion noch einmal bestätigte. Im Stadtrat verfügt die SPD nur noch über sechs Mandate. Doch die Flinte ins Korn werfen werden die Sozialdemokraten nicht. Im Gegenteil, die Kaarster SPD hat einen Fahrplan aufgestellt, woran sie in diesem Jahr und bis zum Ende der Wahlperiode 2025 arbeiten will.

Dabei hat das Thema Wohnen für die SPD noch immer oberste Priorität. „Bauen ist für die Mitte der Gesellschaft nicht mehr möglich“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Hildegard Kuhlmeier im Gespräch mit unserer Redaktion. Am Dreeskamp entsteht ein riesiges Altersheim, wo später auch Menschen arbeiten. „Wo sollen die wohnen?“, fragt Kuhlmeier. Die SPD hat Zahlen zum Wohnraum in Kaarst zusammengestellt. „Wir haben zu wenig bezahlbaren geförderten Wohnraum. Das ist erschreckend“, sagt Kuhlmeier. In Zahlen ausgedrückt heißt das:



Kämpfen für soziale Gerechtigkeit: Anneli Palmen, Hildegard Kuhlmeier, Ulrike Brückner-Kinds Müller und Gereon Schüller (v.l.). NGZ-FOTO: WOLFGANG WALTER

es gibt im Stadtgebiet nur noch 381 Wohnungen, die sozial gefördert werden. Das Handlungskonzept Wohnen, das von 2015 bis 2017 im Stadtrat intensiv bearbeitet worden war, würde vorschreiben, dass bis zum Jahr 2026 eine Steigerung von 20 Prozent bei gefördertem Wohnraum erreicht werden solle. Heißt: Es müssen bis 2026 428 Wohnungen da sein. Einige sind aber mitt-

lerweile wieder aus der Förderung rausgefallen, erklärt Kuhlmeier. „Im Endeffekt werden wir netto weniger haben“, ergänzt die Parteivorsitzende Anneli Palmen.

Die SPD beantragt bei allen Neubaugebieten, einen Teil als sozial geförderten Wohnraum auszuweisen. „Am Ende werden wir an ein oder zwei Stellen massiv sozial geförderten Wohnraum bauen müssen“, so

Palmen weiter. Ein großes Problem seien die Bodenpreise. „Man muss davon wegkommen, eigene Grundstücke zum Höchstpreis zu verkaufen, um den Haushalt zu sanieren. Wir würden uns wünschen, Grundstücke in Erbpart zu vergeben“, sagt Ulrike Brückner-Kinds Müller, stellvertretende Parteivorsitzende. Durch permanenten politischen Druck, regelmäßige Anträge und Anfragen in den Ausschüssen will die SPD beim Thema Wohnen am Ball bleiben, um bezahlbaren Wohnraum für die Mitte der Gesellschaft zu schaffen.

Ein weiteres Herzensthema für die SPD in dieser Wahlperiode ist die Abschaffung der Kita-Gebühren. „Frühkindliche Bildung ist wichtig, um später im Leben etwas zu erreichen“, begründet Kuhlmeier. Als Kommune vor Ort müsse in Kaarst etwas getan werden. „Das ist eine Verpflichtung der SPD“, so Kuhlmeier. Zum Haushalt 2022 habe die Fraktion Anträge dazu eingereicht, die aber abgeschmettert wurden. Die untere Einkommensgrenze für Familien müsse angepasst werden, fordert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gereon Schüller.